

## **A8 7. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-  
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)  
Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### **Antragstext**

1 Junge Menschen sehnen sich nach sozialer Absicherung und einem stärkeren  
2 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherheit heißt, niemanden im Stich zu  
3 lassen. Deshalb fordern wir wirkungsvollere und flächendeckende **Hilfsangebote**  
4 **für Menschen in Armut**, eine verbesserte **Gesundheitsversorgung für Wohnungslose**  
5 und den Ausbau von **Sprachmittlung im Gesundheitswesen**. Tafeln,  
6 Schuldner\*innenberatungen und soziale **Hilfsprojekte müssen finanziell gestärkt**  
7 werden, um Menschen in Not effektiv zu helfen.  
8 Gleichzeitig dürfen Tafeln keine Dauerlösung sein. Niemand sollte auf wohltätige  
9 Lebensmittelvergabe angewiesen sein, um den Alltag zu bestreiten. Sie sind  
10 Ausdruck eines Systems, das Armut nicht verhindert, sondern verwaltet. Unser  
11 Ziel ist ein sozial gerechtes Gemeinwesen, in dem solche Notlösungen überflüssig  
12 werden. **Das muss einen Paradigmenwechsel von Projektförderung hin zu**  
13 **institutioneller Förderungen für freie Träger der Sozialhilfe bedeuten.**

14 Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen **Integrations- und Sprachkurse**  
15 flächendeckend und kostenlos verfügbar sein, **Ausländerbehörden personell besser**  
16 **ausgestattet** und traumatisierte **Menschen mit Fluchtgeschichte umfassend**  
17 **psychologisch unterstützt** werden. Für Ausländerbehörden braucht es außerdem  
18 regelmäßige Anti-Rassismus Schulungen und Fortbildungen über die Anwendung des  
19 Ermessensspielraums. Hierfür muss das Land gemeinsam mit dem Bund die Kommunen  
20 umfassend finanziell ausstatten. Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) soll  
21 für alle Geflüchteten in Baden-Württemberg eingeführt werden. Damit wird eine  
22 diskriminierungsfreie und unbürokratische Gesundheitsversorgung sichergestellt.

23 Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen müssen stärker  
24 unterstützt werden.

25 Dazu gehört, dass in Wohngruppen der Jugendhilfe mehr Taschengeld zur Verfügung  
26 gestellt wird, um soziale Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem soll sich das Land  
27 dafür einsetzen, dass der Personalschlüssel in allen Bereichen der Jugendhilfe  
28 erhöht wird.

29 Die Landespolitik muss sich außerdem für die **Anerkennung geschlechtsspezifischer**  
30 **Verfolgung** als Fluchtgrund auf Bundesebene einsetzen. Solange dies noch nicht  
31 umgesetzt wurde, soll das Land soweit möglich ein **Sonderaufnahmeprogramm**  
32 **Jesid\*innen II** sowie ein **Sonderaufnahmeprogramm für Menschen, die von**  
33 **geschlechtsspezifischer Verfolgung** betroffen sind, auf den Weg bringen. Das Land  
34 muss außerdem den Familiennachzug für im ersten Landesaufnahmeprogramm  
35 aufgenommene Jesid\*innen ermöglichen.

36 Aufbauend auf dem Ermessensspielraum von Behörden müssen Abschiebungen von  
37 **Menschen in Arbeitsverhältnissen** ausgesetzt und **Duldungen für 6 anstatt 3 Monate**  
38 ausgegeben werden. **Unabhängige Beratungen zu Möglichkeiten des Aufenthalts**  
39 sollen staatlich besser finanziert und weiter ausgebaut werden. Für **Menschen in**  
40 **der Abschiebehaf** muss ebenfalls ein **Recht auf unabhängige Rechtsberatung** gelten  
41 und **NGOs muss Zugang** gewährt werden. Syrer\*innen mit Schutzstatus sollen unter  
42 klar definierten und rechtssicheren Voraussetzungen reisen können, ohne  
43 befürchten zu müssen, dass ein Widerrufsverfahren eingeleitet wird. Dafür  
44 braucht es einheitliche Regelungen, die sittlich zwingende Gründe weiter fassen,  
45 Ausnahmen klar definieren und Transparenz sowie Rechtssicherheit schaffen.  
46 Darüber hinaus fordern wir die sofortige Abschaffung der Abschiebehaf in  
47 Pforzheim sowie perspektivisch den vollständigen Abbau aller Abschiebehafplätze  
48 in Baden-Württemberg. Abschiebehaf kriminalisiert Schutzsuchende, verletzt  
49 grundlegende Menschenrechte und führt zu massiven psychischen Belastungen.  
50 Anstatt Menschen einzusperren, müssen wir als Land auf eine humanitäre  
51 Migrationspolitik setzen, die Schutz und Integration ins Zentrum stellt.  
52 Die Landesregierung muss sich zudem mit allen ihren Möglichkeiten auf  
53 Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile Seenotrettung** ihre Arbeit auf dem  
54 Mittelmeer fortsetzen kann. Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in  
55 Baden-Württemberg lehnen wir weiterhin ab. Sie erschwert selbstbestimmte  
56 Teilhabe, fördert Ausgrenzung und setzt auf Kontrolle statt auf Vertrauen.  
57 Deshalb braucht es eine unabhängige und transparente Evaluation der schon  
58 eingeführten Bezahlkarten, eine Freiwilligkeit für die Landkreise und eine  
59 Änderung des Überweisungssystems.

60 Baden-Württemberg braucht ein entschlossenes und dauerhaft finanziertes  
61 Landesprogramm zur **Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und**  
62 **Rechtsextremismus**. Projekte gegen Rassismus, Ableismus, Antisemitismus,  
63 Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von wohnungslosen Menschen müssen aktiv  
64 gefördert werden. Zudem ist eine **verlässliche Finanzierung von Initiativen**  
65 erforderlich, die sich direkt mit der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen  
66 befassen – darunter **Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt** sowie  
67 **Programme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene**. Das Land muss klare  
68 Kante gegen menschenfeindliche Ideologien zeigen und den betroffenen  
69 zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige finanzielle Sicherheit  
70 bieten.

71 Gleichzeitig muss eine Stelle für eine\*n **Antirassismus/Integrations-**  
72 **Beauftragte\*n des Landes** geschaffen und mit entsprechenden Ressourcen

73 **ausgestattet** werden, um strukturelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und  
74 Betroffene besser zu unterstützen. Nur eine inklusive Gesellschaft, in der alle  
75 Menschen gleichberechtigt teilhaben können, ist eine gerechte Gesellschaft.

76 Es braucht zudem endlich eine echte **Umsetzung der UN-**  
77 **Behindertenrechtskonvention**. Das Land muss **Barrierefreiheit zur verbindlichen**  
78 **Vorgabe in allen öffentlichen Neubauten und Digitalangeboten** machen, inklusive  
79 Schul- und Ausbildungswege konsequent fördern und ausreichend Mittel für  
80 **multiprofessionelle Teams in Schulen** bereitstellen. Auch in der Arbeitswelt muss  
81 das Land **Anreize für Betriebe** schaffen, um Menschen mit Behinderung  
82 einzustellen, und **inklusive Ausbildungsmodelle** sowie **Werkstätten für Menschen**  
83 **mit Behinderung stärker mit dem ersten Arbeitsmarkt verknüpfen**. Nur so wird  
84 Teilhabe wirklich möglich. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft braucht  
85 mutige soziale Politik!

### **Unterstützer\*innen**

Julia Ehrhardt